

Beschluss des Landrats vom 10.09.2026

Nr. 1987

33. Kosten- und Lastenverteilung zwischen den Kantonen BS und BL unter Einbindung der benachbarten Kantone

2025/467; Protokoll: bw

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) informiert, der Regierungsrat lehne dieses Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Markus Graf (SVP) erinnert daran, dass wohl alle Anwesenden ein Familienbudget führen. Wenn das Einkommen eigentlich stimmt, aber am Ende des Monats gähnende Leere in der Kasse herrscht, dann liegt das Problem meistens an den hohen Fixkosten, die schleichend kommen. Mehr Lohn hilft auch nicht, da die Fixkosten meist ebenfalls steigen. Ähnlich ergeht es dem Kanton Basel-Landschaft. In seinen 12 Landratsjahren dachte Markus Graf oft an die Aussage von Finanzdirektor Anton Lauber, dass der Kanton Basel-Landschaft kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem habe. Gerade Gesundheit, Bildung und Kultur belasten den Finanzhaushalt stark. In seiner Stellungnahme hebt der Regierungsrat die Gewaltentrennung hervor, was zu respektieren ist. Aus diesem Grund modifiziert Markus Graf das Postulat und löscht die erste Forderung nach einem Runden Tisch. An den anderen beiden Forderungen wird festgehalten. Diese verlangen einen konkreten Fahrplan und die Ausarbeitung eines Konzepts. Das ist man den Baselbieterinnen und Baselbietern, die hier Steuern zahlen, schuldig. Auch der Regierungsrat muss sich dieses Umstands bewusst sein und alles dafür tun, um in diesem Bereich eine Lösung zu erreichen. Die Antwort auf die Interpellation von Dario Rigo von vor zwei Wochen hat gezeigt, wie viel mehr Geld das Baselbiet beispielsweise im Vergleich zum Kanton Aargau ausgibt.

Fredy Dinkel (Grüne) ist dankbar, wurde die Forderung nach einem Runden Tisch entfernt. Natürlich wollen Parlamentarier überall mitreden, immerhin stammt der Ausdruck ja von «parlare», aber eigentlich ist dies nicht sinnvoll. Dass aber etwas in diese Richtung getan werden muss, ist klar. Insofern kann wohl auch die Fraktion Grüne/EVP hinter diesem Postulat stehen, wenn diese erste Forderung gestrichen wird. Andernfalls hätte die Fraktion das Postulat abgelehnt.

Andreja Weber (FDP) betont, dass die unzureichende Beteiligung der Nachbarkantone an den Zentrumsleistungen in der Tat störend sei. Eine Auslegeordnung zu machen, ist durchaus sinnvoll – insbesondere in Anbetracht der hohen finanziellen Beträge. Die FDP-Fraktion ist froh, dass Markus Graf die Forderung nach einem Runden Tisch gestrichen hat, und wird dem Postulat einstimmig zustimmen.

Silvio Fareri (Die Mitte) hält für unbestritten, dass der Kanton Basel-Landschaft in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Kultur eine erhebliche finanzielle Last trage. Gleichzeitig profitieren zahlreiche Personen aus den umliegenden Kantonen von diesen Leistungen, vielfach ohne aus Baselbieter Sicht angemessene Mitfinanzierung. Das gilt selbstverständlich auch umgekehrt. Gerade in einer derart verflochtenen Region wie der Nordwestschweiz braucht es deshalb eine ehrliche Diskussion über die heutige Kosten- und Lastenverteilung. Es kann nicht sein, dass das Baselbiet langfristig immer stärker belastet wird, während sich andere Kantone auf das gesetzliche Minimum beschränken. Markus Grafs Postulat hätte die volle Unterstützung der Mitte-Fraktion auch ohne die Modifikation gehabt. Auch mit der Streichung der ersten Forderung bleibt dies bestehen.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) hat ihre Rede vorbereitet, ohne gewusst zu haben, dass noch eine Änderung vorgenommen wird. Die GLP-Fraktion kann die Ungeduld, die hinter diesem Vorstoss steckt, verstehen und teilt auch die Ansicht über das Grundproblem: Die Frage der fairen Finanzierung der Zentrumsleistungen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur, beschäftigt unseren Kanton zu Recht. Gerade der aktuelle Entscheid des Bundesrats, dass sich Nichtuniversitätskantone nicht stärker an den Kosten beteiligen müssen, zeugt von fehlender Unterstützung von Bundesseite.

Die GLP-Fraktion lehnt diesen Vorstoss dennoch ab. Nicht, weil das Problem nicht existiert, sondern weil der vorgeschlagene Weg mit diesem Runden Tisch nicht der richtige ist. Diesen Vorschlag hat Markus Graf nun gestrichen. Vielleicht reicht er ja ein neues Postulat ein. Der Regierungsrat verfügt bereits über verschiedene Gefässe und Gesprächskanäle, über die er mit den Nachbarkantonen verhandeln kann. Das ist auch seine Aufgabe. Wenn bereits funktionierende Strukturen vorhanden sind, dann sollten diese auch genutzt und nicht noch zusätzliche Gremien geschaffen werden. Anders gesagt: Viele Köche verderben den Brei. Im ersten Moment hört sich «mehr parlamentarische Mitwirkung» ja gut an, erhofft man sich dadurch doch mehr Transparenz. Man muss aber aufpassen, dabei die Gewaltenteilung nicht auszuhebeln. Ein Parlament setzt die politischen Leitplanken, kontrolliert den Regierungsrat und bewilligt Globalbeiträge. Wenn es aber darum geht, mit anderen Regierungen zu verhandeln und die Interessen des Kantons nach aussen zu vertreten, dann ist das Sache des Regierungsrats. Der Landrat kann nicht gleichzeitig Parlament und Verhandlungspartner sein. Deshalb überzeugt auch der geforderte Fahrplan nicht. Der Regierungsrat hat bereits den Dauerauftrag, die Interessen des Kantons Basel-Landschaft zu vertreten. Dieser Auftrag muss nicht mit einem – ehemals – Runden Tisch und zusätzlichen parlamentarischen Verhandlungspartnern erschwert werden. Fazit: Die GLP-Fraktion unterstützt das Ziel. Eine faire Finanzierung der Zentrumsleistung ist richtig und wichtig, aber sie glaubt nicht, dass mehr Gremien, mehr Sitzungen und mehr Beteiligte automatisch zu einem besseren Resultat führen. Es braucht weniger Symbolpolitik und mehr klare Verantwortung, weshalb die GLP-Fraktion das Postulat ablehnt.

Adil Koller (SP) weiss nicht, was Markus Graf mit diesem Vorstoss möchte, nachdem er die zentrale Forderung nach einem Runden Tisch gelöscht hat. Eigentlich bleibt gar nichts mehr übrig, ausser dass wieder einmal über die Kostenverteilung gesprochen werden soll. Das geschieht aber jedes Mal, wenn es beispielsweise um den Univertrag geht. Eigentlich bräuchte es konkrete Vorschläge. Denn der Vorschlag, andere sollen mehr zahlen, reicht nicht. Mit «es kann doch nicht sein, dass...» ist noch keine gute Politik gemacht. Am Ende des Tages interessiert doch, wie man es besser lösen würde und was Varianten zum Status quo sind. Jetzt schauen alle nur ganz betroffen in ihre Bildschirme und sagen nicht, was man wollen würde. Vielleicht kann der Regierungsrat nachher ausführen, was er diesem Vorstoss entnimmt. Aber ihn zu beauftragen, ein Konzept zu erstellen, damit die anderen Kantone mehr zahlen, ist nicht zielführend. Darauf wird doch jedes Mal sowieso hingearbeitet. Dieser Vorstoss bringt überhaupt nichts, er wird gar nichts verändern. Man kann im Wahlkreis erzählen, dass man wieder einmal gesagt hat, dass es doch nicht sein kann, dass die Aargauer nicht mehr bezahlen. Passieren wird aber nichts. Das ist reine Arbeitsbeschaffung für die Verwaltung, bürokratisch und kostet zu viel. Diese Argumentation wird sonst auch immer von bürgerlicher Seite verwendet. Der Vorstoss ist abzulehnen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) muss natürlich etwas dazu sagen. Zuerst dankt der Finanzdirektor Markus Graf für die Streichung der Forderung nach einem Runden Tisch. Die Regierungsmitglieder sind bereits an sehr vielen solchen Tischen mit anderen Kantonen vertreten. An mangelnden Gefässen liegt es also ganz sicher nicht.

Grundsätzlich rennt Markus Graf mit der Idee total offene Türen ein und beschreibt damit den Alltag der Finanzdirektorenkonferenz, der Gesundheitsdirektorenkonferenz oder der Bildungsdirekto-

renkonferenz. Interessiert vernahm der Finanzdirektor die Aussage, die Zentrumsleistungen des Kantons Basel-Landschaft sollten entschädigt werden. Das hört er normalerweise nur vom Kanton Basel-Stadt. Es ist schön, wenn sich das Baselbiet auch als Zentrum versteht, das Leistungen erbringt. Das ist auch der Fall und der Kanton zahlt enorm viel für den Kickback in der Region. Dass dieser eintritt, wird auch überprüft. Als Beispiel die Universität: Die Finanzierung der Universität wird intensiv diskutiert und auch, ob der Staatsvertrag den aktuellen Gegebenheiten Rechnung trägt oder nicht. Dort geht es um ganz grosse Beträge (über CHF 180 Mio. jährlich). Dieser Betrag wird immer wieder verifiziert und geprüft, ob er sich entsprechend auf die Region zugunsten des Kantons Basel-Landschaft auswirkt. Im Bereich Kultur wurde mit Basel-Stadt vor längerer Zeit der Kulturvertrag abgeschlossen.

Bei der FHNW sind neben den beiden Basel auch die Kantone Aargau und Solothurn Träger. Der Austausch funktioniert. Es handelt sich um einen grossen Ausgabenposten, der miteinander geregelt wird.

Der Regierungsrat erkennt den von Markus Graf angesprochenen Aspekt in Bezug auf Aargau und Solothurn, allerdings ist dieser ein wenig zu relativieren. Ist vom Kanton Aargau die Rede, meint man eigentlich das Fricktal. Spricht man vom Kanton Solothurn, ist das Schwarzbubenland gemeint. Der Kanton Aargau besteht aber nicht nur aus dem Fricktal und ist primär auf Zürich konzentriert, der Kanton Solothurn auf Bern. Würden sich diese Kantone im Baselbiet finanziell engagieren, sind Diskussionen mit Zürich und Bern vorprogrammiert und wurden auch bereits mehrfach geführt. Bislang waren sie aus Baselbieter Sicht aber erfolglos. Aus diesem Grund strebte man eine Regelung auf Bundesebene an. Da es sich um eine kantonale Kompetenz handelt, ist das grundsätzlich für die Kantone nicht toll. Aber der Bund könnte vereinheitlichend eingreifen, was er bis jetzt abgelehnt hat. Er möchte nicht, dass das Baselbiet anstatt der Vollkosten wie die Nichtuniversitätskantone nur die IUV-Kosten zahlen muss.

Das Thema ist dem Regierungsrat sehr nah und er nimmt es sehr ernst. Wird dieses Postulat überwiesen, könnte aber nicht viel geändert werden. Nicht, weil er nicht wollen würde, sondern weil es schwierig ist und die entsprechenden Gefässe bereits bestehen: in der Nordwestschweizer Regierungskonferenz oder in der kantonalen Finanzdirektorenkonferenzen. Die Idee eines Runden Tisches ist nicht schlecht. Erstellt man einen Plan oder ein Konzept, ist es meistens schlecht, wenn man das nur für sich selbst erstellt. Entsprechend wird die Sorge aus dem Plenum geteilt. Ein Konzept kann erarbeitet werden und dennoch machen die anderen Kantone nicht mit.

Markus Graf (SVP) entschuldigt sich, nach dem Regierungsrat noch einmal das Wort zu ergreifen. Er dankt den Fraktionen, die sein Postulat unterstützen. Eine Antwort an Adil Koller, der den Sinn des Postulats in Abrede stellt: Es gibt Fakten. Der Kanton Basel-Landschaft hat schlechte Verträge abgeschlossen, und das nicht nur einmal. Dafür können die Anwesenden nichts, müssen es aber nach wie vor ausbaden. Adil Koller weiss, dass Markus Graf nicht gleich die Flinte ins Korn wirft. Aber seine Zeit als Landrat läuft langsam ab und es ist ihm wichtig, alles versucht zu haben, um hier wirklich eine Verbesserung hinzukriegen. Das ist nicht als Kritik am Regierungsrat gemeint. Es ist dem Postulanten bewusst, dass das Anliegen sehr schwierig ist. Dennoch darf man nicht aufgeben. Mit diesem Postulat soll dem Regierungsrat der Rücken gestärkt werden, dass dieser alles versucht, um eine Entlastung erreichen zu können. Das sind wir den künftigen Generationen schuldig.

://: Mit 41:32 Stimmen bei 2 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.